

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung und Verwaltungssteuerung	Datum 20.11.2003
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 13.11.2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:07 Uhr - 18:26 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 17:15 Uhr – 17:30 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen des Rates vom 17.07.2003 und 18.09.2003 - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 17.07.2003 - öffentlicher Teil -
535/2003**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Resolution " Rettet die Kommunen- Reformen statt Kahlschlag " des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
569/2003**

6. **Haushalt 2004; Einbringung der Entwürfe;**
 1. **Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltsbuch 2004, Investitionsprogramm 2003-2007 und Haushaltssicherungskonzept bis 2007**
 2. **Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
 3. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
 4. **Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
 5. **Wirtschaftsplan der städtischen Einrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
 6. **Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
 7. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
 8. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007**
542/2003
7. **Einwohnerfragestunde**
541/2003
8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2003 inklusive Verwendung der Landeszuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit**
1.) 515/2003 und 2.) 523/2003
9. **Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 der Stadt- und Kreisbücherei und 2001 der Stadtbücherei Bergisch Gladbach**
485/2003
10. **Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der städtischen Kultureinrichtung Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach**
486/2003
11. **Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
505/2003
12. **Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der eigenbetriebsähnlichen Weiterbildungseinrichtung Volkshochschule Bergisch Gladbach**
514/2003
13. **Änderung der Zuständigkeitsordnung;**
hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses
397/2003

14. **Zweite Nachtragssatzung zur Archivbenutzungssatzung**
478/2003
15. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**
161/2003
16. **Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach**
172/2003
17. **Feststellung des Abstimmungsergebnisses über den Bürgerentscheid vom 21.09.2003 zum Cross- Border- Leasing**
538/2003
18. **Bebauungsplan Nr. 1444, Teil 1 - Höffenstraße - 1. Änderung**
- **Beschluß zu Anregungen**
- **Beschluß als Satzung**
436/2003
19. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte - 1. Vereinfachte Änderung**
- **Beschluß als Satzung**
441/2003
20. **Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke -**
- **Beschlüsse zu Anregungen**
- **Beschluß als Satzung**
443/2003
21. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 22.10.2003 auf Umbesetzung im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
570/2003
- 22.1 **Antrag der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 auf Beschluß einer Resolution des Rates gegen die im Landes- Doppelhaushalt 2004/ 2005 geplanten Kürzungen**
581/2003
- 22.2 **Sachantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 04.11.2003 zu Tagesordnungspunkt 6**
592/ 2003
- 23.1 **Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.9.2003 zu den Kosten, die der Stadt Bergisch Gladbach entstanden sind, weil das Cross- Border- Leasinggeschäft des städtischen Abwasserwerkes nicht zu Stande gekommen ist**
543/2003
- 23.2 **Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur Gewerbesteuerumlage**
582/2003

- 23.3 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur " Ökosteuer "**
583/2003
- 23.4 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur Verkehrssituation
in der Straße " In der Auen "**
584/2003
- 23.5 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur Zukunft der
Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach**
585/2003
- 23.6 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zum Grundsicherungs-
gesetz**
586/2003
- 23.7 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zu den Planungsvorha-
ben in der Bergisch Gladbacher Innenstadt**
587/2003
- 23.8 Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom
17.07.2003 - nichtöffentlicher Teil -
536/2003**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
4. **Übernahme einer Bürgschaft für die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach
GmbH
509/2003**
5. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

@->

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt für die heutige Sitzung folgende relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 31.10.2003 mit den dazu gehörenden Vorlagen,
2. das Schreiben vom 06.11.2003 mit seinen Anlagen und
3. eine Tischvorlage zu TOP 5 des öffentlichen Teils.

Sie schlägt vor, die Punkte 5 und 22 des öffentlichen Teils gemeinsam zu behandeln. Hierüber besteht Einvernehmen.

Herr Dr. Kassner beantragt, Punkt 20 des öffentlichen Teils von der Tagesordnung abzusetzen. Die CDU-Fraktion habe hierzu noch Beratungsbedarf.

Herr Orth wendet sich gegen diesen Antrag.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Punkt 20 des öffentlichen Teils wird von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@

2. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen des Rates vom 17.07.2003 und 18.09.2003 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschriften werden genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 17.07.2003 - öffentlicher Teil -

@->

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

@->

1. Erlaß einer haushaltswirtschaftlichen Sperre nach § 28 der Gemeindehaushaltsverordnung

Bürgermeisterin Opladen informiert über den Erlaß einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gemäß § 28 der Gemeindehaushaltsverordnung. Im Verwaltungshaushalt fehle ein Einnahmebetrag in Höhe von 7 Millionen Euro, weshalb von Stadtkämmerer Kotulla am 22.09.2003 20 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sowie der Wirtschaftspläne und der bezuschußten eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gesperrt wurden, um ein sich abzeichnendes weiteres Defizit soweit wie möglich zu vermeiden. Die Kassenbewirtschaftungsanordnung, nach der nur bis zu 65 % der Haushaltsansätze bis zum 30.09.2003 verausgabt werden durften, sei mit einer eigenen Verfügung aufgehoben worden. Weiterhin sei am 22.09.2003 angeordnet worden, im Bereich der freiwilligen Ausgaben keine Anordnungen zu fertigen oder weitere Zusagen zu unterschreiben.

2. Finanzielles Engagement der Kreissparkasse Köln in Bergisch Gladbach für das Jahr 2002

Bürgermeisterin Opladen weist auf ein Schreiben vom 14.07.2003 mit Anlagen hin, in welchem das finanzielle Engagement der Kreissparkasse Köln im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach dargestellt ist. Dem Wunsch des Vorstandes entsprechend werde sie das Schreiben der Niederschrift als Anlage beifügen.

3. Anfrage zur Aufstellung eines Automaten für Kaffee und Tee

Bürgermeisterin Opladen weist auf die Anfrage von Frau Ryborsch in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2003 betreffend der Aufstellung eines Automaten für Kaffee und Tee hin. Eine telefonische Nachfrage bei Anbietern solcher Automaten habe übereinstimmend ergeben, daß sich dies nicht lohne. Für einen Warmgetränkeautomat (Kaffee, Cappuccino und Tee) müsse bei einem Getränkepreis von 0,50 € ein Umsatz von täglich mindestens 50 Getränken zustande kommen. Zudem entstünden nicht unerhebliche Kosten für den notwendigen Wasser- und Stromanschluß. Dessen Bereitstellung im Eingangsbereich des Ratssaales sei zudem mit beträchtlichem Arbeitsaufwand verbunden.

4. Termine der Europa- und Kommunalwahl 2004

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß für die Durchführung der Europawahl der 13.06.2004 vorgesehen sei. Entsprechend der öffentlichen Bekanntmachung des Innenministers finde die Kommunalwahl am 26.09.2004 statt.

<-@

5. Resolution " Rettet die Kommunen- Reformen statt Kahlschlag " des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

und

22.1 Antrag der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 auf Beschluß einer Resolution des Rates gegen die im Landes- Doppelhaushalt 2004/ 2005 geplanten Kürzungen

@->

Herr Orth beantragt eine Unterbrechung der Sitzung um 15 Minuten, um in dieser Zeit unter den Mitgliedern des Ältestenrates Einvernehmen dahingehend herbeiführen zu können, einen einstimmig verabschiedbaren Resolutionstext zu erarbeiten.

Hiergegen werden keine Einwände erhoben. Sodann unterbricht Bürgermeisterin Opladen die Sitzung um 15 Minuten.

Danach teilt sie dem Rat das Ergebnis der Beratung des Ältestenrates mit. Die Fraktionsvorsitzenden würden sich am kommenden Montag, dem 17.11.2003, zusammenfinden, um einen konsensfähigen Text für eine Resolution zu erarbeiten. Sie halte dies für die richtige Vorgehensweise, da nur ein einstimmiges Abstimmungsergebnis der Resolution überhaupt zum Erfolg verhelfen könne.

Es besteht Einvernehmen, daß der Tagesordnungspunkt und der Antrag damit erledigt sind.

<-@

6. Haushalt 2004; Einbringung der Entwürfe;
1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltsbuch 2004, Investitionsprogramm 2003-2007 und Haushaltssicherungskonzept bis 2007
 2. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007
 3. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007
 4. Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007
 5. Wirtschaftsplan der städtischen Einrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007
 6. Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007
 7. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007
 8. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 und Investitionsprogramm 2003-2007

und

22.2 Sachantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 04.11.2003 zu diesem Tagesordnungspunkt

@->

Stadtkämmerer Kotulla hält seine Haushaltsrede. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Danach wird Einvernehmen darüber erzielt, daß die Verwaltung im Sinne des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.11.2003 im kommenden Jahr bei der Erarbeitung des Haushaltes für 2005 prüft, ob und inwieweit die Bürgerschaft im Sinne des Projektes „Bürgerhaushalt“ mit einbezogen werden kann.

Im Anschluß daran faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

<-@

Die Entwürfe Haushaltssatzung 2004, Haushaltsbuch 2004, Investitionsprogramm 2003-2007, Haushaltssicherungskonzept bis 2007, Wirtschaftspläne 2004 und Investitionsprogramme 2003-2007 des Abwasserwerkes, des Abfallwirtschaftsbetriebes, der städtischen Feuerwehr, der städtischen Einrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach, des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ werden zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

Es besteht Einvernehmen, daß der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erledigt ist.

<-@

8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2003 inklusive Verwendung der Landeszuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit**

@->

Frau Münzer begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Danach nimmt der Rat zunächst die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 160.248,00 € gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis.

Im Anschluß daran faßt er einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Abweichend von den §§ 1 Abs. 2 und 10 Abs. 2 Ziffer 2 Zuständigkeitsordnung wird auf die Beratung über die Verwendung der diesjährigen Landeszuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Finanz- und Liegenschaftsausschuß verzichtet.**
2. **Die Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2003 wird wie folgt verwendet:**
 - a) **Für das internationale Jugendcamp in Bergisch Gladbach- Moitzfeld im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wird ein Betrag von 2.000,00 € zur Verfügung gestellt.**

- b) Die BONO- Direkthilfe e.V. erhält einen Zuschuß von 2.050,00 € zur finanziellen Förderung des Besuches von Vertreterinnen der nepalesischen Partnerorganisation Maiti Nepal im Rahmen der KinderKulturKarawane in Bergisch Gladbach.
 - c) Aus der Zuweisung wird auch der an das Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH zu zahlende städtische Mietzuschuß in Höhe von 450,00 € für den Kunstbasar der Arbeitsgemeinschaft Bergisch Gladbach von Terre des Hommes Deutschland e.V. finanziert.
 - d) Der Restbetrag in Höhe von 17.458,35 € wird dem Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V. zur Verfügung gestellt.
3. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 21.958,35 € wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.

Frau Münzer kehrt an ihren Platz zurück.

9. <-@
Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 der Stadt- und Kreisbücherei und 2001 der Stadtbücherei Bergisch Gladbach

@->

Herr Dr. Fischer kritisiert für die Punkte 9 bis 12 des öffentlichen Teils, daß die Jahresabschlüsse für 2000 und 2001 wiederum sehr spät vorgelegt werden. Seiner Auffassung nach sollten die Abschlüsse für ein bestimmtes Jahr dem Rat bereits im Folgejahr zur Feststellung unterbreitet werden. Er bittet darum, dies künftig zu gewährleisten.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß die Verwaltung alles daran setze, diesem Wunsch künftig zu entsprechen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Der Jahresabschluß 2000 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadt- und Kreisbücherei und der Jahresabschluß 2001 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbücherei werden festgestellt.

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die Jahresverluste von 330.163,55 DM für 2000 und von 420.722,06 DM für 2001 aus der allgemeinen Rücklage der Stadtbücherei abzudecken.

10. <-@
Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der städtischen Kultureinrichtung Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach

@->

Der Rat faßt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Die Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der städtischen Kultureinrichtung Kunst- und Kulturbesitz werden festgestellt.

Die ermittelten Überschüsse sind aufgrund der derzeitigen Haushaltslage zu 100 % an den städtischen Gesamthaushalt abzuführen.

<-@

11. **Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**

@->

Der Rat faßt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2000 und 2001 der eigenbetriebsähnlichen Kultureinrichtung „Haus der Musik Bergisch Gladbach“ werden festgestellt.

Der für 2000 ermittelte Jahresgewinn wird aufgrund der derzeitigen Haushaltslage zu 100 % an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

Der für 2001 ermittelte Jahresverlust wird aus dem Eigenkapital abgedeckt.

<-@

12. **Feststellung der Jahresabschlüsse 2000 und 2001 der eigenbetriebsähnlichen Weiterbildungseinrichtung Volkshochschule Bergisch Gladbach**

@->

Der Rat faßt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2000 und 2001 der eigenbetriebsähnlichen Weiterbildungseinrichtung Volkshochschule Bergisch Gladbach werden festgestellt.

Der für 2000 ermittelte Jahresgewinn wird aufgrund der derzeitigen Haushaltslage zu 100 % an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

Der für 2001 ermittelte Jahresverlust wird aus der allgemeinen Rücklage der Volkshochschule abgedeckt.

<-@

13. **Änderung der Zuständigkeitsordnung;
hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses**

@->

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß es sich um den **dritten** Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung handele.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

Der III. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

14. **II. Nachtragssatzung zur Archivbenutzungssatzung**

@->

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß die Präambel der II. Nachtragssatzung redaktionell zu ändern sei. Die Gemeindeordnung sei zuletzt durch Gesetz vom 29.04.2003 (GV NRW S. 257) geändert worden.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

Der II. Nachtragssatzung zur Archivbenutzungssatzung wird einschließlich der redaktionellen Änderung der Präambel zugestimmt.

<-@

15. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**

@->

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß der Satzungstext redaktionell zu ändern sei. In § 19 Abs. 2 seien die Ziffern 3 und 4 durch die Ziffern 1 und 2 zu ersetzen. § 22 sei wie folgt zu ergänzen:

„ Diese Satzung tritt am 01.01.2004 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) vom 27.06.1996 außer Kraft. “

Danach faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird gemäß der beigefügten Vorlage unter Berücksichtigung der o. g. redaktionellen Änderungen beschlossen.

<-@

16. **Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach**

@->

Frau Bendig weist darauf hin, daß der Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) in Punkt 2 des Beschlußvorschlages den Begriff „jährlich“ durch die Begriffe „nach Bedarf“ ersetzt habe.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:** <-@

@->

1. Die Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach werden in der vorliegenden Fassung verabschiedet.
2. Die Verwaltung des Jugendamtes unterrichtet den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als das für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zuständige Gremium nach Bedarf über den Stand der Umsetzung der Leitlinien.
3. Die Grundsätze und Leitlinien sind entsprechend den Entwicklungen in der Praxis fortzuschreiben.
4. Die in der Kinder- und Jugendhilfe existierenden Konzepte, Angebote und Richtlinien sind auf die angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen zu überprüfen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Zertifizierungsverfahren zu erstellen.

<-@

17. **Feststellung des Abstimmungsergebnisses über den Bürgerentscheid vom 21.09.2003 zum Cross-Border-Leasing**

@->

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Rat stellt das Ergebnis für die zur Abstimmung gestellte Frage: „Sind Sie gegen das geplante Cross-Border-Leasing-Geschäft (vermieten und zurück mieten) des Bergisch Gladbacher Abwasserwerks (Klärwerk und Kanalnetz) an einen amerikanischen Investor/Trust ?“ mit 22.338 „Ja“- Stimmen und 802 „Nein“- Stimmen fest.

Der Bürgerentscheid ist damit im Sinne der Frage mit „Ja“ entschieden.

<-@

18. **Bebauungsplan Nr. 1444, Teil 1 - Höffenstraße - 1. Änderung**
- Beschluß zu Anregungen
- Beschluß als Satzung

@->

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgende **Beschlüsse:** <-@

@->

Beschlüsse zu Anregungen

1. Die Anregungen von Herrn Hans Helmut Elste werden zurückgewiesen.
2. Die Anregungen der Anwohnerschaft Dählchen, J. Handschuhmacher, werden zurückgewiesen.
3. Die Anregungen von Frau Ute und Herrn Manfred Alker werden zurück-

gewiesen.

Beschluß als Satzung

Der Bebauungsplan Nr. 1444/1 – Höffenstraße - 1. Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen.

19. <-@
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2385 - Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte - 1. Vereinfachte Änderung
- Beschluß als Satzung

@->

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**: <-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2385 – Erweiterung Gewerbegebiet Zinkhütte – 1. Änderung als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

20. <-@
Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke -
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluß als Satzung

@->

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

21. <-@
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 22.10.2003 auf Umbesetzung im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

@->

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Der beantragten Umbesetzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr wird zugestimmt.

7. <-@
Einwohnerfragestunde

@->

Es gibt keine Einwohneranfragen.

- 23.1 <-@
Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.9.2003 zu den Kosten, die der Stadt Bergisch Gladbach entstanden sind, weil das Cross-Border-Leasinggeschäft des städtischen Abwasserwerkes nicht zustande gekommen ist

@->

Herr Waldschmidt ist mit der Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion nicht einverstanden. Die Verwaltung habe zu den tatsächlich entstandenen Kosten nichts Greifbares ausgeführt. Er geht davon aus, daß die Rechnung der von der Stadt beauftragten Kanzlei in Frankfurt inzwischen vorliegt. Weiterhin wünscht er eine Bezifferung der in der Verwaltung entstandenen Personalkosten im Zusammenhang mit der Einleitung der Transaktion. Der in der Vorlage angegebene Betrag für die Anzeigenkampagne von 720,02 € erscheine ihm zu niedrig. In einem Schreiben der Verwaltung vom 30.07.2003 an ihn sei dieser Betrag exakt doppelt so hoch beziffert worden.

Fachbereichsleiter Sterzenbach betont, daß der Stadt bislang nur hinsichtlich der Anzeigenkampagne eine exakte Rechnung vorliege. Diese sei zwar in Höhe von 1.440,04 € ausgefallen, jedoch habe von dieser Summe der Arrangeur die Hälfte getragen. Hieraus erkläre sich die Angabe in der Vorlage.

Die Kosten der Kanzlei in Frankfurt könne er nach einer telefonischen Rücksprache inzwischen mit etwa 12.000,00 € angeben. Eine Rechnung liege bislang noch nicht vor. Weitere externe Kosten seien nicht entstanden.

Eine Berechnung der internen Personalkosten sei nahezu unmöglich. Die meisten Tätigkeiten im Rahmen der Einleitung der Transaktion seien im Rahmen der normalen Arbeitszeit erledigt worden. Als allenfalls grobe Schätzung könne er einen Betrag in Höhe von 30.000,00 bis 40.000,00 € angeben.

Herr Waldschmidt möchte wissen, ob im genannten Betrag von 12.000,00 € **alle** Anwaltskosten abgedeckt seien.

Dies wird von Fachbereichsleiter Sterzenbach bestätigt. Es handele sich hier ausschließlich um die hinsichtlich der Beratung zum Arrangeurvertrag und zur Auswahl des Arrangeurs im Vorfeld der Transaktion entstandenen Rechtsanwaltskosten.

<-@

23.2 **Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur Gewerbesteuerumlage**

und

23.3 **Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur " Ökosteuern "**

und

23.4 **Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur Verkehrssituation in der Straße " In der Auen "**

und

23.5 **Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zur Zukunft der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach**

und

<-@

23.6 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zum Grundsicherungsgesetz

und

23.7 Schriftliche Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 zu den Planungsvorhaben in der Bergisch Gladbacher Innenstadt

@->

Der Rat nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

<-@

23.8 Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder

@->

1. Anfrage zur Einbringung des Haushaltes

Herr Orth möchte wissen, weshalb Bürgermeisterin Opladen zur diesjährigen Einbringung des Haushaltes keine Haushaltsrede gehalten habe.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie die Vorstellung des Haushaltes in diesem Jahr alleine dem Kämmerer überlassen wollte.

2. Anfrage zum Jugendzentrum Q 1

Frau Schöttler- Fuchs verweist auf die Presseberichterstattung und ein Schreiben des Trägers, nach welchen das Jugendzentrum Q 1 geschlossen werden solle. Es handele sich um einen Vorschlag der Verwaltung, der zu einer großen Unruhe unter den Trägern geführt habe. Sie fragt an, wie die Bürgermeisterin sich die weitere Vorgehensweise vorstelle und was sie zu tun gedenke, damit solche Vorfälle in Zukunft nicht mehr passierten. Es wäre besser gewesen, den zwischen dem Träger und der Stadt abgeschlossenen Vertrag zunächst überprüfen zu lassen und mit dem Träger ein Gespräch im Vorfeld zu führen.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß es auch zur Aufgabe der Verwaltung gehöre, Möglichkeiten zur Umsetzung von Sparzwängen aufzuzeigen. Dies diene dazu, Entscheidungen des Rates vorzubereiten. Es habe sich um einen Teil eines Vorschlages gehandelt, der auf ausdrückliche Bitte der Träger entwickelt wurde. Dieser sei durch Fachbereichsleiter Hastrich im Gespräch mit den Trägern vorgestellt worden. Sinn sei es gewesen, mit diesen abzuklären, ob in jedem Stadtteil eine Jugendeinrichtung vorgehalten werde oder man bei Kürzungen das „Rasenmäherprinzip“ anwende. Bedauerlicherweise habe ein Träger einen Brief an die Fraktionen geschrieben, der anschließend an die Presse lanciert wurde. Sie bedauere dies, weil hierdurch eine unnötige Diskussion weit im Vorfeld von Entscheidungen angestoßen wurde.

Stadtkämmerer Kotulla verweist auf den Sachstandsbericht zur offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) vom 14.10.2003. In der Vorlage sei der finanzielle Sachstand be-

zogen auf den damaligen Zeitpunkt zutreffend dargestellt worden. Die im Doppelhaushalt 2004/2005 des Landes Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Kürzungen bewirkten, daß eine Beibehaltung aller Einrichtungen auf einem abgesenkten Standard nicht mehr möglich erscheint. In einem Gespräch hätten die Träger die Verwaltung gebeten, eine Konzeption auszuarbeiten. Der Träger des Q 1 sei bei diesem Gespräch nicht anwesend gewesen; man habe ihn jedoch anschließend verständigt. In einem zweiten Gespräch seien Überlegungen vorgestellt worden, deren Inhalte nunmehr teilweise in der Öffentlichkeit bereits diskutiert würden. Zur Zeit befinde man sich noch im Stadium der Abstimmungsgespräche mit den Trägern. Diese müßten sich bewegen. Das städtische Haushaltssicherungskonzept einerseits und die geplanten Einsparungen des Landes andererseits bewirkten, daß der heutige Zustand nicht uneingeschränkt erhalten bleiben könne. Das weitere Vorgehen werde in einem Gespräch am 14.11.2003 mit dem angesprochenen Träger erörtert.

Herr Orth möchte wissen, ob die Presseberichterstattung, daß das Q 1 geschlossen werden solle, somit falsch sei. Sei es denkbar, daß an dessen Stelle auch andere Einrichtungen für eine Schließung in Betracht kommen ?

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß eine Schließung des Q 1 **eine** von mehreren denkbaren Varianten sei. Das Konzept der Verwaltung sei ursprünglich davon ausgegangen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in jedem Stadtteil eine Einrichtung zu erhalten. Unter dieser Prämisse sei die Schließung des Q 1 eine denkbare, wenn auch für den Träger schmerzhaftere Möglichkeit. Werde diese nicht umgesetzt, müsse in einer oder mehreren anderen Einrichtungen stärker gekürzt werden, was eine Schließung bewirken könne.

3. Anfrage zur Verkehrssituation in der Straße „In der Auen“

Herr Dr. Kassner fragt an, ob die Bürgermeisterin bestätigen könne, daß die Behauptung der Gegner der heutigen Verkehrsregelung in der Straße „In der Auen“ hinsichtlich eines verstärkten Verkehrsaufkommens (insbesondere von Lkw) in Richtung Autobahn nicht eingetreten sei. Könne die Bürgermeisterin zudem bestätigen, daß die Gefährdung von Kindern in der Straße ebenfalls in keiner Weise zugenommen habe ?

Bürgermeisterin Opladen bestätigt, daß die Kreispolizeibehörde seit dem Inkrafttreten der neuen Regelung in der Straße wieder regelmäßige Geschwindigkeitsmessungen vornehme. Insoweit könne genau überprüft werden, ob die Behauptung, daß die Geschwindigkeit verstärkt übertreten werde, stimme. Im übrigen sei es noch zu früh, zur konkreten Unfallsituation eine Aussage zu machen. Bisher habe sich diese allerdings nicht erkennbar zum Negativen hin verändert. Daher hätten sich die Behauptungen der Gegner der heutigen Verkehrsregelung nicht bestätigt. Wenn die neue Unfallstatistik der Kreispolizeibehörde vorliege, könne man Genaueres bekannt geben.

4. Anfrage zu den Joghurtlieferungen für die Ratssitzungen

Herr Dr. Kassner möchte weiterhin wissen, ob die Bürgermeisterin mit ihm einer Meinung sei, daß es

1. für Zuschauer nicht angenehm sei, die Ratsmitglieder essen zu sehen und
2. sinnvoll sei, den Betrag für die Joghurtlieferungen künftig einzusparen?

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie bereits angeordnet habe, die Bewirtung mit Joghurt ab Januar des kommenden Jahres einzustellen. Wegen der geringen Bedeutung des Themas habe sie dies jedoch unter dem Tagesordnungspunkt A 4 nicht mitteilen wollen.

5. Anfrage zur Finanzierung von Tagesmüttern in Bergisch Gladbach

Frau Schmidt-Bolzmann weist auf einen Zeitungsartikel mit der Überschrift „Umzug wird unerwartet teuer“ hin. Sie fragt an, ob es gängige Praxis in Bergisch Gladbach sei, die Dienste von Tagesmüttern zu bezuschussen, auch wenn keine akute Notlage bestehe. Könne sich Bergisch Gladbach einen solchen Luxus im Gegensatz zu anderen Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises leisten, obwohl die finanzielle Situation derart prekär wie im Moment sei ?

6. Anfrage zum Sitzungskalender 2004

Herr Neuheuser fragt an, wann die Termine für Rats- und Ausschußsitzungen 2004 mitgeteilt werden.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß dies kurzfristig geschehe.

7. Anfrage zum Projekt „Bürgerhaushalt“

Herr Schnöring nimmt Bezug auf den Antrag seiner Fraktion vom 04.11.2003 und fragt hinsichtlich der Realisierung eines „Bürgerhaushaltes“ an, in welchem zeitlichen Rahmen man ggf. mit einer Umsetzung von Projekten in dessen Rahmen rechnen könne.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die Rechenschaftslegung für den „Bürgerhaushalt 2003“ in den sechs am Projekt beteiligten Städten anstehe. Im übrigen stehe sie der Angelegenheit positiv gegenüber. Sie beabsichtige, Überlegungen in Richtung eines „Bürgerhaushaltes“ bereits für den städtischen Haushalt 2005 anzustellen. Das Verfahren hierzu könne im Ältestenrat besprochen werden.

8. Nachfrage zur schriftlichen Anfrage der CDU- Fraktion vom 30.10.2003 hinsichtlich der „Ökosteuer“

Herr Dr. Fischer möchte von der CDU- Fraktion wissen, was der Hintergrund von deren Anfrage zur „Ökosteuer“ sei.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, sie glaube nicht, daß die CDU-Fraktion in der Pflicht sei, den Hintergrund ihrer Anfragen zu erläutern.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

<-@